

Clinton behauptet sich und Obama verlängert den Afghanistan-Einsatz

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 12. bis 16. Oktober 2015

(ag) In dieser Woche dominierten vor allem die Debatte der demokratischen Kandidaten, die Erwartungen an die Benghazi Anhörung Hillary Rodham Clintons und die Verlängerung des amerikanischen Militäreinsatzes in Afghanistan die Themen der U.S.-Presse.

Gewinnerin der ersten demokratischen Debatte im Wettlauf um die Präsidentschaftskandidatur ist Hillary Clinton, darüber sind sich die U.S.-Medien einig. Am Dienstag, dem 13. Oktober, hatten sich die fünf Kandidaten der Demokraten zum ersten Mal in Las Vegas getroffen, um sich dort öffentlich zu duellieren. Sowohl die *LA Times* als auch die *New York Times* schreiben den Erfolg Clintons ihrer Erfahrung zu, die sie sich in „mehr als 20 Stunden Debattieren“ gegen Obama 2008 aneignete. Laut *LA Times* erwies sich die einzige weibliche Kandidatin der Demokraten sogar als regelrechte „Diskussions-Maschine“. Kaum ein Thema konnte Clinton in ihrem souveränen Auftreten behelligen. Sie stellte wieder einmal unter Beweis, warum gerade sie die Umfragen anführt. Die *Washington Post* verkündet hingegen, dass Clinton einfach nur „keine ernstzunehmende Konkurrenz hat“. Für die *Post* scheint das Rennen schon gelaufen zu sein, vor allem angesichts der Tatsache, dass Bernie Sanders, der „Zweite und damit auch schon letzte“ richtige Kandidat in diesem Rennen, Clintons E-Mail-Skandal zu einer Parteiangelegenheit machte. Er räumte endgültig mit dem Thema auf, als er sich in dem Fall auf Clintons Seite stellte und sagte: „Das amerikanische Volk hat es satt, ständig von den E-Mails zu hören. Genug damit. Lasst uns lieber über die wirklich wichtigen Themen sprechen.“

Um besagte E-Mails geht es nun scheinbar auch in den Anhörungen zu der Benghazi-Affäre. Zumindest schlägt die *LA Times* vor, dass sich der entsprechende Ausschuss des Repräsentantenhauses doch in den „E-Mail-Sonderausschuss“ umbenennen solle. Ursprünglich ging es dabei um einen Terroranschlag auf eine amerikanische Dienststelle in

Libyen im Jahre 2012, bei dem vier U.S.-Bürger ums Leben kamen. Als der Ausschuss dann allerdings 2014 gegründet wurde, war es – so berichtet die *New York Times* – schon absehbar, dass sich die Anhörungen bis 2016 hinziehen würden, um Hillary Clinton zu „schikanieren“. Nachdem die „Quelle dann ausgeschöpft war“, ging man eben zu einem ressourcenreicheren Problem über: „ Clintons Entscheidung, offiziellen Schriftverkehr auf einem privaten Computersystem zu führen“. Am kommenden Mittwoch, den 22. Oktober, soll sie nun wieder im Rahmen einer Anhörung Stellung zu den Anschuldigungen nehmen. Laut der *Washington Post* wird dies aber kaum noch ausschlaggebende Auswirkungen haben. Vorigen Mittwoch erst hatte ein weiterer republikanischer Repräsentant, Richard Hanna, öffentlich bestätigt, dass der Ausschuss dazu „konzipiert“ wurde, Hillary Clintons Ruf zu schädigen und ihre Umfragewerte zu senken. Somit stehe nicht mehr die Kompetenz Clintons, sondern nur noch die Glaubwürdigkeit des Ausschusses im Mittelpunkt. Das Ausgangsproblem sei damit „nichtig“.

Weiterhin gab Präsident Obama diese Woche bekannt, dass die Vereinigten Staaten doch nicht alle ihre Militäreinheiten bis 2017 aus Afghanistan zurückziehen werden. Wie die *Washington Post* verheißen lässt, war dies eigentlich eines seiner „meistgeschätzten Ziele“ für seine Legislaturperiode gewesen. Während die *New York Times* und die *Washington Post* diesen Kurswechsel begrüßen, scheint die *LA Times* sehr skeptisch. Der Verteidigungsminister der USA, Ashton Carter, hatte argumentiert, dass die USA „keine andere Wahl“ habe als noch etwas länger in Afghanistan zu bleiben. Carter erhält in der *LA Times* scharfe Kritik hierfür. Diese betont, dass man sich sehr wohl aus dem Gebiet zurückziehen könne. Allerdings wolle man dies nur nicht, da sonst deutlich werden würde, wie sehr man den Einsatz in Afghanistan „vermasselt“ habe. Die *Washington Post* und *New York Times* hingegen halten das weitere Verbleiben von U.S.-Streitmächten in der Region für eine vernünftige Entscheidung. Sie fürchten, dass ein vorheriges Abziehen ihrer Militärpräsenz eine noch zu un stabile Regierung hinterlassen würde. Ihrer Meinung nach ist es die Aufgabe der Amerikaner, solange in dem Land zu verbleiben, bis es stark genug ist, um sich gegen die benachbarte IS und die wiederauflebenden Taliban zu behaupten.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com